



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

L I N K S D R U C K
LANDTAG AKTUELL HERBST 2010

Sie, Du, wir – 1 Jahr Arbeit ist geleistet für das Ziel

Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle!



KERSTIN KAISER
Fraktionsvorsitzende

Viel Arbeit liegt auf dem Geburtstagstisch der ersten rot-roten Koalition aus DIE LINKE und SPD in Brandenburg. Vor einem Jahr haben die beiden Fraktionen ihre Zusammenarbeit mit einem Vertrag besiegelt. Ein Glas ist gefüllt: das erste Fünftel der Wahlperiode bis 2014 haben wir geleistet. Doch viel Zeit zum Feiern ist nicht. „Gemeinsinn und Erneuerung. Ein Brandenburg für alle.“ hat sich Rot-Rot auf das Banner geschrieben: das anspruchsvolle Ziel wollen wir mit Ihnen, mit Euch erreichen. Doch ein kurzer Rückblick sollte sein. Trotz großer Herausforderungen, trotz starkem Gegenwind und trotz eigener Unzulänglichkeiten – die rot-rote Koalition ist stabil und sogar gestärkt. Ihr Ansehen wächst. Eine Studie der Meinungsforscher von „infratest“ zeigte gerade erst:

die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Landesregierung ist seit dem Frühjahr um 11 Prozent gestiegen - auf 48 Prozent. Dabei weiß jeder, dass BrandenburgerInnen sich nichts vormachen lassen. Auch deswegen ist das ein sehr hoher Wert. Nach dem schwierigen Start und unter den schlechten finanziellen Bedingungen ist das nicht selbstverständlich. Das rot-rote Bündnis hat gegen alles Schlechtreden aus interessierten Kreisen bewiesen: es kann Krisen bewältigen, interne fachliche Auseinandersetzungen in produktive Bahnen lenken und ist auch unter hohem politischen Druck handlungsfähig. Wichtige soziale Vorhaben hat die Koalition bereits im ersten Regierungsjahr angepackt und auf den Weg gebracht. Damit hat Rot-Rot vor allem Menschen neue Chancen eröffnet. Wie gehen wir an die schwierigen Aufgaben heran? Das zeigt sich bereits jetzt in der

Praxis. In dieser Zeitung haben wir das Wichtigste zusammengefasst. Auf ein paar Beispiele möchte ich gleich eingehen.

Der Koalitionsvertrag ist Grundlage unseres politischen Handelns.

Er ist die politisch-inhaltliche Arbeitsbasis bis 2014 und darüber hinaus. Auf seiner Basis haben wir Grundzüge für eine Strategie entwickelt. Die ermöglicht uns, auch mit weniger Geld in den öffentlichen Kassen politisch etwas Vernünftiges zu bewirken.

Bitte umblättern...

Weiter: Kerstin Kaiser zu einem Jahr Rot-Rot

Und sie ermöglicht uns vor allem, soziale Verantwortung in schwierigen Zeiten wahrzunehmen. Jetzt gestalten wir diese Strategie aus. Wir sind im Land unterwegs, um sie mit allen, die wollen, zu beraten und dann umzusetzen. Der Haushalt 2011 ist der Beginn.

Unser Herangehen wird offenbar von den Bürgerinnen und Bürgern geteilt. Denn die erwähnte Umfrage verrät auch: unsere Prioritäten sind auch die der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wenn es um Einsparungen geht, sind zwei Drittel der Befragten dafür, bei Bildung, Schule und Jugendarbeit nicht zu kürzen. Dass die Polizei hinsichtlich Struktur und Personal weitgehend unangetastet bleibt, wünschen sich dagegen nur neun Prozent. Hauptsache, die Sicherheit schwindet nicht. Und da haben wir die Hand drauf. Hierbei wie überall gilt: nicht einfach überhelfen, sondern sich darüber verständigen.

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichern.

Für die Koalition ist es Prinzip, dass der öffentliche Dienst seine Aufgaben auch künftig bürgernah und effektiv erledigt. Der Weg dahin: eine ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik. Die rot-rote Landesregierung lässt dabei den natürlichen Rückgang bei der Zahl der öffentlich Bediensteten nicht einfach laufen. Die Landesregierung stellt vielmehr so viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, dass der Personalbestand im Jahr 2014 bei 45.500 liegt (2019: 40.000). Damit auch angesichts abnehmender Bevölkerungszahl stets genug Personal alle Dienstleistungen und Aufgaben erfüllen kann, sorgt unsere Koalition vor und lässt es nicht schleifen wie einst die CDU. Wir setzen auf Neueinstellungen, Verjüngung und Ausbildung.

Eine bessere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern als Markenzeichen.

Mit uns gibt es keine Funkstille: wir reden mit den Betroffenen über anstehende Entscheidungen. Halbjährlich stellen wir Stand und Ergebnisse unserer Regierungspolitik landesweit öffentlich für alle auf Regional-Konferenzen der Partei vor. Jeder, egal ob von

der LINKEN oder nicht, kann kommen, fragen und sagen, was ihm nicht passt - und was er gut findet. Für einen direkteren Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern stehen auch die „Finanzpolitischen Abende“ des Experten der Fraktion zum



Hören BürgerInnen in Strausberg zu: Finanz-Staatssekretärin Daniela Trochowski, finanzpolitischer Sprecher Christian Görke und Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser (v. l.)

Haushalt 2011 und der künftigen Strategie. Für mehr Fakten aus erster Hand sind stets der Finanzminister Helmuth Markov oder seine Finanzstaatssekretärin dabei. Auch unser kommunalpolitischer Sprecher bespricht landesweit die kommunale Finanzausstattung mit den Praktikern vor Ort.

Wir stellen uns öffentlich.

Das ist oft nicht gerade gemütlich. Doch wir tun das, auch und gerade dann, wenn sich besorgter Widerstand von Betroffenen formiert: zum Beispiel der linke Wirtschaftsminister auf Ortsterminen, besonders beim Energiedialog wegen der umstrittenen Kohlendioxid-Verpressung (CCS) und den Protesten möglicher Betroffener dagegen. Übrigens: wir vertreten nicht nur die Themen „unserer“ MinisterInnen. Wir bekennen auch bei komplizierten Vorhaben der Gesamt-Regierung in den Wahlkreisen Farbe, siehe Polizei-Strukturreform. Wer von Gemeinsinn redet, muss ihn auch vorleben.



Haben für ehrlichen Dialog zwischen Politik und Bevölkerung offene Ohren: Besucherinnen und Besucher des finanzpolitischen Abends in Rathenow

mehren und weiter entwickeln. Damit für alle ein gutes Leben im Lande möglich ist. Zugleich setzen wir uns kritisch mit den Entwicklungen der zurückliegenden zwei Jahrzehnte auseinander. Es gibt eine Enquete-Kommission mit einem langen Namen: „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Sie hinterfragt einerseits, wie der Weg Brandenburgs und der LINKEN bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte zu bewerten ist, was er gebracht hat und was vielleicht vernachlässigt wurde. Andererseits muss sie Leistungen und Defizite der großen gesellschaftlichen Umbauprozesse der

vergangenen beiden Jahrzehnte zur Sprache bringen. Wichtig sind vor allem die Schlussfolgerungen für die heutige und künftige Landespolitik.

Unliebsame Überraschungen.

Da ist zum einen der Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre: wir setzen uns dafür ein, alle in Rede stehenden Sachverhalte aufzuklären. Die bis zum Start des Ausschusses bekannt gewordenen Vorgänge unter der Vorgängerregierung boten allerdings keinen Anlass, der jetzigen Regierung rechtswidriges Verhalten oder eine Schädigung der Landesinteressen vorzuhalten. Allerdings hatte schon der Bodenreform-Untersuchungsausschuss feststellen müssen, dass Teile der Landesverwaltung ihren Aufgaben nur unzureichend nachgekommen sind. Wir werden prüfen, ob sich das wiederholt hat - und dann werden wir sofort handeln.

Im November 2009 hatte die EU-Kommission Fehler bei der Abrechnung von Fördermitteln bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) festgestellt. Daraufhin hatte Brandenburg keine Zahlungsanträge mehr gestellt. Die Fehler und die Datensätze sind mittlerweile korrigiert. Derzeit werden sie von den zuständigen Behörden abschließend geprüft. Wenn alles in Ordnung ist, wird die Kommission sich für eine zügige Wiederaufnahme der Erstattungen einsetzen. Das bedeutet, dass Brandenburg nach jetzigem Kenntnisstand kein Geld aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verloren geht. Allerdings kann es diese Mittel dann erst im nächsten Jahr erhalten.

Wir gehen aktiv gegen Fehlentwicklungen der schwarz-gelben Bundespolitik vor.

Brandenburg schickt keine Polizistinnen und Polizisten mehr nach Afghanistan. Gemeinsam mit der rot-roten Berliner Landeskoalition haben wir eine Bundesratsinitiative für Steuergerechtigkeit eingebracht. Ebenso wehren wir uns gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform und gegen die Hartz-IV-Politik der Regierung Merkel. Auch mit der Ablehnung im Bundesrat sind diese Anliegen für uns nicht erledigt.

Unser Anspruch ist eine soziale Modernisierung unseres Landes.

Dafür setzen wir alle Hebel in Gang, die die Landespolitik uns bietet. Dafür nutzen wir alle Möglichkeiten, die Bund und EU bereit stellen. Und dafür suchen wir auch den Konflikt zur Bundes- und EU-Politik, wo es notwendig ist.



Stark wie ein Baum, mit festen Wurzeln in Brandenburg.

Zusammen wachsen wir mit den schwierigen Aufgaben. Dabei sind wir mit manchem noch längst nicht zufrieden. Im ersten Jahr haben wir dennoch schon einiges erreicht. Lesen Sie, was uns 25 LINKEN gelungen ist – und was wir noch schaffen wollen...

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß

Brandenburg ist kein Land aus einem Guss: es muss mit einer hohen Sockel-Arbeitslosigkeit umgehen, Armut ist verbreitet. Dazu hat es eine kleinteilige, eigenkapitalschwache Wirtschaftsstruktur. Obendrein gibt es erhebliche demografische Probleme und starke regionale Unterschiede. Brandenburg kann sich bislang noch nicht selbst tragen – der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen gedeckt.

Die Sonderzahlungen des Bundes und die Fördermittel der EU werden in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen. Und der Solidarpakt läuft bis 2019 völlig aus. Das hat Folgen: jeder fünfte Euro, den wir jetzt noch einplanen können, wird so am Ende des Jahrzehnts fehlen. Das heißt im Klartext: der Gesamtumfang des brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um fast 1,7 Milliarden Euro

unter dem heutigen Niveau liegen. Zugleich ist die Verschuldung des Landes sehr, sehr hoch: mehr als 720 Millionen Euro Kapitaldienst pro Jahr – noch dazu bei steigender Tendenz: das ist auf Dauer nicht zu verkraften. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise führen zu weiteren Einschnitten. Und das Sparpaket und der ganze Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung verschärfen diese Entwicklung noch. Die CDU-geführten, sogenannten „Geberländer“ im Länder-Finanzausgleich versuchen erneut, Hand an diesen Mechanismus und damit die solidarischen Grundlagen der Bundesstaatlichkeit Deutschlands zu legen.



Mit dem Haushalt 2011 unternimmt Rot-Rot in Brandenburg den ersten großen Schritt, um sich den neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln. Die Strategie „Soziale Verantwortung für Brandenburg mit weniger Geld“ ist gemeinsam mit dem Koalitionspartner entwickelt und abgestimmt. Vorarbeiten über mehrere Monate wurden zu einem tragfähigen, gemeinsamen Ergebnis geführt, in dem wir als DIE LINKE klare Akzente gesetzt haben. Mehr über die Strategie lesen Sie gleich auf der nächsten Seite.

Unsere Strategie: so wollen wir handeln

1. Sicherheit in schweren Zeiten

Wir gehen die notwendigen politischen Veränderungen auf einer Basis an, die für alle berechenbar und erträglich bleibt. Wir machen das nachvollziehbar, wir erklären es und werden um Zustimmung werben – und auch selber lernen.

2. Was die Koalition beschließt, hat Bestand

Wichtige soziale Vorhaben sind bereits angepackt und auf den Weg gebracht. An den zentralen Weichenstellungen von Rot-Rot wird es keinerlei Abstriche geben!

3. Vorrang für Bildung, Soziales und Wissenschaft

Daran lassen wir nicht rütteln. Jeder Euro hierfür ist eine Investition in Gegenwart und Zukunft. Da sind wir sicher.

4. Streichen verboten bei sozialen Leistungsgesetzen

Wir streichen nicht Leistungen wie das Blindengeld, sondern senken die vergleichsweise hohen Investitionsquote des Landes etwas ab. Sie liegt derzeit bei 18,2 Prozent – zum Vergleich: in Bayern sind es knapp zwölf Prozent. Dabei sparen wir nicht auf Kosten der Zukunft, erhalten also die Werte. Das geht, weil Brandenburg mittlerweile eine moderne Infrastruktur hat.

5. Maximale Fördermittel pro 1 Euro Landesgeld abrufen

Wenn wir Bundes- und EU-Programme kofinanzieren, dann solche, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben.



6. Wirtschaftsförderung: Darlehen statt Zuschüsse

Wir setzen verstärkt auf sogenannte revolving Fonds. Das Land erhält vom Unternehmen dabei geliehenes Geld zurück.

7. So viel Stabilität für die Kommunen wie möglich

Dafür gestalten wir das Finanzausgleichsgesetz neu. Wir verbessern die Bedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und fördern deren Kooperation untereinander.

8. Neuverschuldung drücken mit Haushaltsdisziplin

Mittelfristig wollen wir die Netto-Neuverschuldung des Landes deutlich absenken. Für Rot-Rot gilt: Mit der hohen Überschuldung des Landes werden wir uns auch künftig nicht abfinden.

Wichtig: Einnahmen steigern, solidarisch verteilen

Haushaltspolitik ist für uns aber nicht nur der intelligente Umgang mit weniger Geld – sie beinhaltet auch Einnahmeverbesserungen, wo dies möglich ist. Und für uns die andere Seite derselben Medaille: ein solidarischer Umgang untereinander. Besonders gilt das für das Verhältnis von Land und Kommunen im Ringen um die knappen Ressourcen.

Höhere Grunderwerbssteuer ist nötig

So will Brandenburg zum 1. Januar 2011 einerseits die bundesweit höchste Grunderwerbssteuer einführen. Der Steuersatz soll von 3,5 auf 5 Prozent angehoben werden. Das Land erwartet dadurch gut 30 Millionen Euro Mehreinnahmen. Wer ein Grundstück für 100 000 Euro kauft, wird dadurch mit 1 500 Euro mehr an Grunderwerbssteuer belastet. Auf der anderen Seite steht Solidarität mit finanzschwachen Kommunen. In Brandenburg werden ab 2011 einkommensstarke Kommunen erstmals Abgaben für finanzschwache Gemeinden leisten. Im Finanzausgleichsgesetz sind 18 Kommunen aufgeführt, die die so-

genannte Finanz-Ausgleichsumlage in Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro zahlen sollen.

Strengste Haushaltsdisziplin ist für uns kein bloßes Lippenbekenntnis ohne Folgen. So hat Finanzminister Helmuth Markov im Mai Haushaltswirtschaftliche Beschränkungen erlassen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sicherzustellen. Diese Beschränkungen konnten mittlerweile wieder aufgehoben werden.

Mit den Haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen wurden neue, flexible Instrumente eingeführt und erprobt – was mit Missverständnissen, vor allem aber Lernprozessen einher ging.

Haushalt: auch Rot-Rot hat gelernt

Mit der Haushaltswirtschaftlichen Beschränkung wurde eine Neuerung eingeführt. Sie sichert im Unterschied zur traditionellen Haushaltssperre und zur „Globalen Minderausgabe“ Haushaltsdisziplin bei höchstmöglicher Flexibilität und tastet die Budgethoheit der

Ministerien nicht an. So bleiben fachgerechte Entscheidungen durch die fachlich Zuständigen jederzeit möglich.

Bei der Bewältigung einer so großen haushaltswirtschaftlichen Herausforderung, wie sie Brandenburg betrifft, sind allerdings auch schmerzliche Einschnitte nicht auszuschließen. So erhalten die Beamten in der Brandenburger Landesverwaltung kein Weihnachtsgeld mehr. Die zehn Millionen Euro, die im Haushaltsentwurf für das Weihnachtsgeld vorgesehen waren, sollen nun unter anderem für weitere Tarifanpassungen aufgewendet werden.

**Das Bilanz-Papier
komplett im Internet.**

Ab 20.11.2010 unter:

[www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/
fileadmin/download/PDF/Broschueren/
Ein_Jahr_Rot-Rot_in_Brandenburg.pdf](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/fileadmin/download/PDF/Broschueren/Ein_Jahr_Rot-Rot_in_Brandenburg.pdf)

Wir haben es vorher gesagt: Vorrang für Bildung !

Fast 400 neue Lehrer: so ist das neue Schuljahr in Brandenburg gestartet. Im Laufe des Schuljahres werden noch weitere 50 Lehrer eingestellt. Sie ersetzen Kollegen, die in Ruhestand oder Alterszeit gehen. Damit wird der vor Rot-Rot geplante Personalabbau im Bildungssektor aufgehalten. Bis 2014 planen wir, 1250 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Wir werden damit eine Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 15,4 sicherstellen. Damit gehört Brandenburg in Deutschland schon jetzt zu den Ländern mit der besten Ausstattung.

Mit dem neuen Kita-Gesetz hat Rot-Rot in Brandenburg das Betreuungsverhältnis für Kinder unter 3 Jahren von jetzt 1:7 auf 1:6 und für die über Dreijährigen von 1:13 auf 1:12 verbessert. Dafür werden im Haushalt mehr als 13 Millionen Euro und ab 2011 zusätzliche 36 Millionen Euro bereitgestellt. Für dieses Geld können bis zu 1000 neue Kita-Erzieherinnen eingestellt werden, die das Land den Kommunen finanziert. Brandenburg zahlt als einziges Bundesland erstmals ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen

385,9
Mio. EUR

2010

434,2
Mio. EUR

2011

Mehr Geld für die Bildung

Familien. Zunächst fördern wir die Elftklässler. Sie erhalten auf Antrag und je nach Einkommenssituation der Eltern 50 oder 100 Euro im Monat, die nicht zurückgezahlt werden müssen. 1376 Schüler hatten bereits bis Ende September finanzielle Unterstützung beantragt.

Wichtige Forderungen der Studierenden-Proteste Ende 2009 hat die rot-rote Koalition in einer Hochschulgesetznovelle umgesetzt. Drei zentrale Forderungen –

der verbesserte Übergang vom Bachelor zum Master, die Möglichkeit des Teilstudiums und die Anerkennung von Leistungen an anderen Hochschulen oder europäischen Ländern – greift das Gesetz auf.

SPD und DIE LINKE haben mit einem Entschließungsantrag im Landtag das Anliegen der Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ aufgenommen. Die Arbeit der Musikschulen wird überprüft, bis Ende 2010 soll das Musikschulgesetz novelliert werden. Vor allem sollen mit einer zusätzlichen Landesförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro die sozialen Aspekte der Musikschularbeit betont werden. Dazu gehören Projekte wie die musisch-künstlerische Ausbildung für sozial benachteiligte Kinder, Ensembleunterricht und bessere Talentförderung.

Diese Mittel sind trotz der überaus angespannten Haushaltssituation zusätzlich in den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingestellt worden.

Übrigens: kein anderes Kulturprojekt musste dafür zurückstecken.

Kluge Wirtschaftsförderung: frische Konzepte am Start

Der sogenannte Frühphasen-Fonds mit einem Volumen von 20 Mio. Euro wurde von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (MWE) konzipiert und errichtet. Junge, innovative und kleine Unternehmen können mit dem neuen Risikokapitalfonds ihr Eigenkapital ergänzen. Damit ist es den Firmen möglich, Unternehmensstrukturen aufzubauen bzw. zu festigen.

Vorgesehen sind Beteiligungen an Kapitalgesellschaften von insgesamt bis zu einer Mio. Euro je Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Brandenburg. Bisher gibt es über 130 Anfragen. Die ersten beiden Investments sind getätigt – in die Entwicklung einer innovativen Internet-Suchmaschine und in Analyse-Dienstleistungen für die Nahrungsmittelindustrie.



In den nächsten Jahren will der Fonds 20-30 potenzialträchtige Unternehmen in Brandenburg finanzieren.

Besonders wichtig ist, dass die Fonds-Erträge nach Ablauf des Investments erneut zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg verwendet werden können.

Der Frühphasenfonds ist damit eines von zwei Modellprojekten, mit denen diese Art der Finanzierung („revolvierende Fonds“) erprobt wird. Das Volumen beträgt insgesamt 50 Mio. Euro. Das zweite Vorhaben ist ein Mikrokreditprogramm in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Maximale Höhe pro Kreditnehmer: 50.000 Euro. Dies soll Kleinunternehmern zu Gute kommen.

ÖBS – „Arbeit für Brandenburg“

Wir kämpfen weiter !

Mit dem Start des Programms „Arbeit für Brandenburg“ ist der Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungs-Sektor (ÖBS) geschafft. Von 1.200 landesfinanziell möglichen Stellen für 2010 waren Ende September schon 745 beantragt. Dadurch sollen Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich Arbeit finden. Das Land stellt dafür 40 Millionen Euro zur Verfügung, für jede Stelle monatlich 250 Euro. Weitere Mittel kommen von Bund und Kommunen. Die Beschäftigung soll bis zu zwei Jahren dauern. Bei einem Übergang in die Rente sind auch drei Jahre möglich. Der Stundenlohn beträgt mindestens 7,50 Euro. Das größte Umsetzungsproblem ist die Politik von Schwarz-Gelb. Die Mittel für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel) werden massiv gekürzt. Damit wackelt eine unverzichtbare Säule der Gesamtfinanzierung.

Rot-Rot im Strom der Zeit: Für erneuerbare Energien !

Braunkohle ist für uns nur noch ein Übergangs-Energieträger. Der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik der LINKEN. Vorhaben, die nachhaltig dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen, kann das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten jetzt über die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) fördern. Das Schlüsselwort heißt „RENplus“. Im Jahr 2010 stehen rund neun Millionen Euro aus diesem Programm bereit. Finanziert wird RENplus zu 25% aus Landesmitteln und zu 75% aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Wir wollen die Vorfahrt für Erneuerbare Energien ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Deswegen sind bei RENplus nun alle Unternehmen – unabhängig von ihrer Größe – antragsberechtigt. Zuschüsse gibt es beispielsweise für Anlagen zur Energierückgewinnung und Wärmepumpen. Auch diverse Begleitmaßnahmen fördert das Ministerium. Für Unternehmen beträgt der Fördersatz bis zu 50%, bei Gebietskörperschaften und Kommunen sogar bis zu 75%. Schließlich ist der finanzielle Spielraum



dort sehr eng. Es ist uns außerdem gelungen, im ersten Jahr den Gedanken der Nachhaltigkeit neu zu beleben. Ein Beirat wurde berufen, der Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land formuliert hat. Natur- und Umweltschutz sind keine Themen, die innerhalb der Landesregierung nur exklusiv dem Umweltministerium zuzuordnen sind. Wir verstehen uns als Partner eines ressortübergreifenden Natur- und Umweltschutzes und setzen dabei auf eine enge Kooperation zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel im Rahmen der Umweltpartnerschaft. Die aufgeregte Debatte um die Technologie der Kohlenstoff-Dioxid-Verpressung im Boden (CSS) indes kann nun sachlicher geführt werden. Wirtschafts- und Europa-minister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat deshalb einen „Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg“ berufen. Er ist ein Angebot an die Region, alle offenen Fragen des Erkundungsverfahrens und die Ergebnisse öffentlich zu diskutieren, auszuwerten und hinterfragen zu können.

Europa konkret: DIE LINKE pflegt die Kontakte nach Polen

Neue europapolitische Ansätze dank der Koalitionsfraktionen: Basis ist ihr Antrag „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“ Das Ganze ist in der Aktuellen Stunde auf den Antrag der LINKEN „Gemeinsam die Zukunft gestalten: Brandenburgs Beitrag zum Gelingen der Oder-Partnerschaft“ vertieft worden. DIE LINKE wirkte außerdem an der Gründung einer deutsch-polnischen Parlamentariergruppe mit. Vertreter der Landtags-Fraktion trafen sich mit den Spitzen der Schwesterpartei SLD der Woiwodschaft und der Fraktion der Linken im Sejmik von Lubuskie. Auf Initiative der LINKEN fand im September die zweite Beratung des Europaausschusses des Landtages und des Ausschusses für Zusammenarbeit mit dem Ausland und Entwicklung der Woiwodschaft des Sejmik der Nachbarwoiwodschaft Lubuskie statt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Denn es gibt nun Vereinbarungen zur Abstimmung der Förderpolitik ab 2014. Auch für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur und der Raumordnung haben sich die politischen Vertreter aus beiden Nachbarregionen im intensiven Dialog verständigt.

Wir handeln konkret: Justiz arbeitet effektiver

Um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurden bereits bis Ende Dezember 2009 28 Stellen des mittleren Dienstes an den Sozialgerichten des Landes Brandenburg entfristet oder externe Neueinstellungen vorgenommen. Darüber hinaus haben wir neue, junge, gut ausgebildete und motivierte Proberichter eingestellt. Insgesamt konnten so im Haushaltsjahr 2010 27 neue Planstellen für Richterinnen und Richter geschaffen werden. Der richterliche Dienst wurde damit – über die Vorgaben des Koalitionsvertrages hinaus – dauerhaft gestärkt. Außerdem macht sich Justizminister Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) an eine sinnvolle Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichte. Im Gegensatz zu den Planungen der

Vorgängerregierung sollen nur einige wenige Änderungen vorgenommen und die Gerichtsstandorte im wesentlichen erhalten werden.

Bürgernahe , flexible Angebote gesichert

Nach einem Jahr Regierungskoalition von SPD und der LINKEN in Brandenburg steht fest: durch den Erhalt der Gerichtsstandorte, ist auch zukünftig eine flexible und bürgernahe Justiz in einem Flächenland wie Brandenburg garantiert. Auch die Kooperation der Brandenburger Justiz mit Berlin wird weiter ausgebaut. So werden die wenigen Staatsschutzfälle des Landes Brandenburg, gemeinsam mit denen des Landes Sachsen-Anhalt, beim Kammer-

gericht Berlin verhandelt werden. Die gute Zusammenarbeit mit dem Land Berlin spiegelt sich auch in der Erarbeitung zu einem möglichst gleichlautenden Richterrecht wider. Minister Schöneburg erarbeitet außerdem ein spezielles Resozialisierungs-Gesetz, in Deutschland bislang einmalig. Bisher fehlen verbindliche konkrete Regelungen für die Wiedereingliederung Strafgefangener in die Gesellschaft und zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit des Strafvollzuges mit den Sozialen Diensten der Justiz und freien Trägern. Auch die notwendig gewordene Neuorganisation der Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter treibt das Justizministerium voran.

Die Wellen der Angst brechen

Extreme Niederschläge haben in diesem Jahr dazu geführt, dass sich an Oder, Neiße, Spree und Schwarzer Elster Hochwasserkatastrophen entwickelten. Und dazu kam noch das Binnenhochwasser an der Oder. Das macht deutlich: Hochwasserschutz und Hochwasser-Risiko-Management sind eine unverzichtbare Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung. Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) ist bereits aktiv. Gegenwärtig bereiten wir dazu eine Kabinetttvorlage vor. Sie beschäftigt sich mit der weiteren Verbesserung des Hochwasserschutzes. Unser Ansatz ist, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben. In einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Hochwasser



Die Bilder scheinen immer wiederzukehren: Berge von Sandsäcken, dazwischen schweres Gerät, um gegen die Hochwasser-Fluten anzukämpfen

(Juli 2010) wird besonders die länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz betont. Die Landesregierung ist beauftragt, eine Rückhaltefläche an der Oder in der Neuzeller Niederung einzurichten, die Schaffung weiterer solcher Areale zu prüfen und Überschwemmungsgebiete auszuweisen. Auch die Pläne für das Hochwasser-Risiko-Management sollen die Experten zügig erarbeiten. Die Koalitions-

Fraktionen werden Änderungsanträge zum Haushalt stellen, damit die Deichsanierung schneller umgesetzt werden kann.

Auch zusätzliches, befristetes Personal will Rot-Rot finanzieren.

Gleichberechtigung vorantreiben

Menschen mit Behinderung sind gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Sie haben ein Recht auf Einbeziehung (Inklusion) und Teilhabe. DIE LINKE hat den Landtag in einem Entschließungsantrag aufgefordert, bis zum 30.06.2011 einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes vorzulegen. Damit soll u.a. im formulierten Ziel der Landespolitik für Menschen mit Behinderung ein direkter Bezug zur UN-Konvention hergestellt werden. Wir

haben den Landtag aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für Menschen mit Behinderung bis zum 30.06.2011 zu erarbeiten und zu beschließen. Es soll ebenfalls die Ziele der UN-Konvention aufgreifen. Folgende Schwerpunkte sind dabei zu berücksichtigen: Interessenvertretung und Bewusstseinsbildung, Barrierefreiheit, inklusive Bildung, Teilhabe am Arbeitsleben, inklusiver Sozialraum und das Wohnen.

Verbraucherschutz mit mehr System

Mit dem Stückwerk beim Verbraucherschutz in Brandenburg könnte bald Schluss sein: der Landtag hat die Landesregierung im Juni 2010 beauftragt, bis Ende 2011 eine umfassende verbraucherschutzpolitische Strategie vorzulegen. Im Oktober gab es dazu Eckpunkte der Landesregierung. Die sind im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz diskutiert worden. Auf dieser Grundlage startet jetzt eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Damit wird eine wichtige Grundlage für einen umfassenden Verbraucherschutz in Brandenburg gelegt.

Datsche = Wohnung ?

Rot-Rot hat den Streit um dauerhaftes Wohnrecht in Datschen entschärft. Wir haben erreicht, dass der geltende Runderlass überarbeitet wurde: Gemeinsam mit einem „Hinweisschreiben“ der Oberen Bauaufsicht regelt er nun unter anderem, wann ein dauerhaftes Wohnen in Datschen geduldet werden kann. Hier soll künftig im Einzelfall entschieden werden. Wer seit zehn Jahren auf den Wochenendgrundstücken lebt, kann danach für weitere drei Jahre geduldet werden. Bei den über Siebzigjährigen solle dies bis zum Lebensende gelten, ebenso bei Menschen mit schweren Erkrankungen.

Was noch zu sagen wär' ...

Wir konnten hier nicht über alles Erreichte ausführlich berichten. Ein paar Stichworte dazu: in Sachen Verkehr werden wir u.a. das Mobilitätsticket weiterführen können und ein Förderkonzept für Radverkehr- und -tourismus anschieben. Die Entwicklungspolitik ist unter Rot-Rot erstmals wieder ein landespolitisches Thema – einschließlich Finanzmitteln für Projekt. Die Koalition hat den Weg dafür frei gemacht, dass sich Asylbewerber mit Aufenthaltsgenehmigung ohne Extra-Erlaubnis der Ausländerbehörden frei in Brandenburg bewegen können.

Die Landesgesundheitsministerin setzt sich aktiv mit dem Problem der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum auseinander. Dafür will sie gemeinsam mit Berlin viele Kräfte bündeln. Die komplizierten Baustellen der Landespolitik wollen wir zu einem guten Ende bringen. Dazu zählt die heißdiskutierte Polizei-Strukturreform. Wie auch immer die Details am Ende aussehen. Ein Minus bei der Sicherheit wird es mit uns nicht geben. Der Sorgen und Bedenken aus der Bevölkerung gegen die Kohlenstoff-Dioxid-Verpressung (CCS) ist sich die

rot-rote Koalition bewusst. Mit Sensibilität und offenem Umgang wollen wir und die Landesregierung versuchen, offene Fragen und Kritik zur geplanten wissenschaftlichen Vorerkundung des Bodens in Ostbrandenburg zu klären und die Lage zu entschärfen. Mit anderen Worten: wir haben noch viel zu tun – und wir wollen es leisten. Noch einmal der Hinweis:

Ab dem 20.11. steht die komplette Ein-Jahres-Bilanz im Internet unter:
www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/fileadmin/download/PDF/Broschueren/Ein_Jahr_Rot-Rot_in_Brandenburg.pdf

L

mit Berichten aus
aus der
Landtagssitzung
vom 10./11.11.2010

Ja zu Transparenz !

DIE LINKE steht für Transparenz in der Politik. Auch bei der demokratischen Steuerung von öffentlichen Unternehmen sind Transparenz und öffentliche Kontrolle unerlässlich. Unsere Ablehnung des von der CDU eingebrachten Transparenzgesetzes widerspricht dem nicht. Denn der Entwurf war unausgegoren und verfassungsrechtlich bedenklich. Außerdem hat das Landesfinanzministerium erst im September den so genannten Corporate Governance Kodex überarbeitet – mit Kontrollmechanismen bei privatrechtlichen Beteiligungen des Landes, die mit Bundesgesetzen wie z.B. dem Handelsgesetzbuch übereinstimmen. Im Gegensatz dazu enthielt der CDU-Gesetzesentwurf einen Artikel zur Änderung des Sparkassengesetzes. Danach sollten die Träger – also die Landkreise und kreisfreien Städte – auf eine individualisierte Veröffentlichung der Vorstandsbezüge hinwirken. Eine verpflichtende Veröffentlichung ergibt sich daraus nicht.

Es ist auch rechtlich bedenklich, da für Vorstandsmitglieder von Sparkassen die gleichen Abwehr- und Schutzrechte wie für Geschäftsführer privatrechtlicher Unternehmen gelten. Aus Sicht der CDU gibt es also in Sachen Transparenz eine Zweiklassengesellschaft. Obendrein war der Entwurf über weite Strecken einfach abgeschrieben – vom alten Transparenzgesetz aus NRW. Passend zum Charakter des Gesetzesentwurfs erhielt der CDU-Abgeordnete Ludwig Burkardt von mir während der rbb-Parlamentsendung einen Schoko-Weihnachtsmann. Der ist außen auch blendend, aber innen hohl...

CHRISTIAN GÖRKE

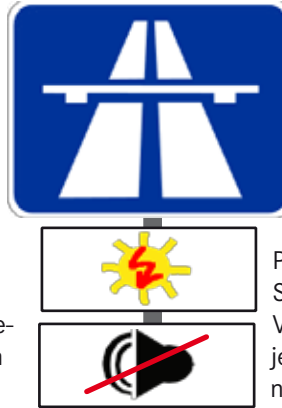


Anfrage: Hilfe zu Altanschießer-Beiträgen

Der neue Innenminister Dietmar Woidke hat auf die mündliche Anfrage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg mitgeteilt, das das Innenministerium bei dem Problem

Lärmschutz durch Photovoltaik Ein Modell-Projekt für Brandenburg

Blickpunkt Autobahn 10: Zwischen dem Dreieck Nuthetal und dem Dreieck Potsdam wird auf der Grundlage des sogenannten „VDE Projekt Nr. 11“ die vielbefahrene Strecke von sechs auf acht Spuren ausgebaut – und dabei ein innovatives Ziel angestrebt. Denn im Rahmen der schallschutztechnischen Voruntersuchungen wurde auch der Einsatz von Photovoltaik als Lärmschutzmaßnahme gründlich geprüft. Die Fraktionen DIE LINKE und SPD wollen den Lärmschutz durch Photovoltaik-Anlagen entlang von Autobahnen im Rahmen von Modellprojekten unterstützen. Die Spur-Erweiterung hatte in den vergangenen Monaten viel Unmut in den Autobahn-Anrainergemeinden wie Langerwisch, Michendorf, Ferch und anderen ausgelöst. Dann brachten Bürger-



initiativen die neue Ideen auf. Nun soll sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung für das Projekt „Lärmschutz durch Photovoltaikanlagen an der Bundesautobahn“ einsetzen. Die Prüfung von Varianten zur Verbindung von Lärmschutz und Stromerzeugung durch Photovoltaik zeigt: es ist technisch machbar. Allerdings muss die Stromerzeugung noch von einem möglichen Investor auf ihre Wirtschaftlichkeit untersucht werden. Da beim geplanten, achtstreifigen Ausbau der A 10 Photovoltaik-Anlagen in großem Stil zum Einsatz kämen, ist das Vorhaben als Pilotprojekt in jedem Fall geeignet. Und nicht nur das: Es kann als Modell für die Nutzung von Erneuerbaren Energien im „Solarenergie Land Brandenburg“ dienen. **DR. ANDREAS BERNIG**

Sicherungsverwahrung neu diskutieren

Es war Thema der Aktuellen Stunde: der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 17. Dezember 2009 der Beschwerde eines in der Bundesrepublik in Sicherungsverwahrung untergebrachten Gefangenen stattgegeben. Damit verbindet sich unter anderem eine deutliche Kritik an der Vollzugspraxis der Sicherungsverwahrung in der Bundesrepublik Deutschland.

Gesellschaftlicher Dialog notwendig

Es geht um Menschen, die nach einer Tat ihre Strafe abgesessen haben. Bei ihnen wird aber eine solche Gefährlichkeit prognostiziert, dass zum Schutz der Bevölkerung eine Freilassung nicht in Frage kommt. Deswegen brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen, politischen und juristischen Dialog, wie die Anforderungen der Europäischen Menschen-

rechtskonvention künftig zu erfüllen sind. Dazu gehört auch die Debatte darüber, wann die Sicherungsverwahrung berechtigt ist, da sie auf einer Prognose beruht und unter welchen Bedingungen sie vollstreckt werden kann. Dass dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung dabei besondere Aufmerksamkeit zukommt, versteht sich für verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker von selbst. **MARGITTA MÄCHTIG**

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE



im Landtag
Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Redaktionsgruppe:
Sven Rosig (Leitung)

Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Portraitfotos: Trialon/DiG

Fotomontagen,
Layout & Satz: Sven Rosig

Druck: 25 000 Stück, Gieselmann
Druck Medienhaus
Potsdam-Rehbrücke

V.i.S.d.P.: Christian Görke (Mdl)

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

der Altanschießer bereit ist, entsprechende Hilfestellung bei der Anwendung von differenzierten Herstellungsbeiträgen zu leisten. So können sich Zweckverbände bei Fragestellungen zur Anwendung des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) beim Ministerium Rat holen. Hintergrund ist, dass viele Zweckverbände die differenzierten Herstellungsbeiträge nicht anwenden wollen, da sie dabei juristische Probleme sehen.